

#StuPa22

CAMPUS.

GRÜN.

WAHLPROGRAMM

CAMPUSGRÜN
Münster



INHALT

KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ.....	3
Nachhaltigkeit und Mobilität.....	4
Ressourcenschonender Konsum.....	5
Ökologie.....	5
DEMOKRATIE UND GERECHTIGKEIT.....	7
Sexismus und Queerfeindlichkeit.....	7
Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus.....	9
Ableismus.....	10
Klassismus.....	11
Demokratische Uni.....	12
Basisdemokratische Studierendenschaft.....	13
Vernetzung und Internationalisierung.....	14
Antifaschismus.....	15
STUDIARENDE ABSICHERN.....	17
Finanzielle Sicherheit.....	18
Gesundheit fördern.....	19
Wohnraum für alle.....	20
Faire Arbeit.....	21
Wasser und Hygiene.....	22
STUDIUM UND LEHREVEREINFACHEN.....	24
Barrierefreiheit.....	25
Digitalisierung.....	26
Menschliches Studium.....	27
Impressum.....	30

KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

Der Klimawandel und der Biodiversitätsverlust sind die beiden existenziellen Bedrohungen unserer Zukunft. Die Uni, das Studierendenwerk und auch wir als Studis müssen daher unseren Beitrag zu Klima- und Umweltschutz leisten.

Die Uni Münster hat sich in ihrem Mission-Statement zum Pariser Klimaabkommen bekannt und eine Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt. Wir als Campus Grün setzen uns dafür ein, dass durch konkrete Maßnahmen das Ziel einer Klimaneutralität auch schnell erreicht wird!

Auch in den vergangenen Jahren hat Campus Grün durch verschiedene Projekte dazu beigetragen, dass Nachhaltigkeit in Mobilität, Ernährung und Konsum gefördert wird.

Was wir bisher geschafft haben:

- + Ausbau der Fahrradinfrastruktur, z. B. durch Reparaturstationen und Pumpen, Lastenfahrradverleih und der Kooperation mit der Jib-Fahrradwerkstatt
- + Erweiterung des Geltungsbereichs und der Stichstrecken des Semestertickets
- + Unnötigen Konsum reduzieren durch die Leihothek
- + FairTeiler im AStA gegen Lebensmittelverschwendung
- + Info-Reader „Nachhaltig durch Münster“
- + Veranstaltung der nachhaltigen O-Woche mit der Green Office Initiative
- + Stärkung von Biodiversität und Artenschutz durch studentische Gärten
- + Förderung des Austausches mit dem Studiwerk und der Universität Münster für mehr Nachhaltigkeit in Mensen und universitären Strukturen
- + Mehr Transparenz durch Veröffentlichung des Nachhaltigkeitsberichtes des Studierendenwerks
- + Schaffung der Koordinierungskommission für tierexperimentelle Forschung für mehr Tierwohl und anhaltende Mitarbeit
- + Kampagne zu nachhaltiger Ernährung



Nachhaltigkeit und Mobilität

Wir setzen uns für mehr Nachhaltigkeit in der Lehre ein, um fachübergreifende Bildung und Forschung zum Thema Klimawandel zu ermöglichen. Ein mögliches Instrument wäre die Etablierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), oder die Möglichkeit zu Zusatzqualifikationen im Bereich Nachhaltigkeit in den Allgemeinen Studien.

Bei der Umsetzung dieser Ziele kann uns die Koordinierungsstelle für Nachhaltigkeit helfen. Wir fordern einen Ausbau dieser Stelle zu einem Green Office. Es sollen sowohl studentische als auch nicht-studentische Mitarbeitende gemeinsam daran arbeiten, dass regelmäßig ein Nachhaltigkeitsbericht inklusive CO₂-Bilanz veröffentlicht wird und die Nachhaltigkeitsstrategie effizient umgesetzt wird. Nur so kann unser Ziel einer klimaneutralen und ressourcenschonenden Universität erreicht werden.

Um Emissionen zu reduzieren brauchen wir eine Mobilitätswende. Zu diesem Zweck entwickelt die Uni aktuell ein Mobilitätskonzept in dem wir als CampusGrün fordern: weg vom motorisierten Individualverkehr – hin zum Umweltverbund! Eine große Bereicherung ist dafür das Semesterticket, welches wir stetig evaluieren und ausbauen. Um das Reisen mit Bus und Bahn noch bequemer zu machen, fordern wir eine erweiterte Fahrrad- und Personenmitnahme auch schon vor 19 Uhr sowie die Erweiterung des Geltungsbereiches. Innerhalb dieses Konzeptes müssen auch bessere Busanbindungen, ein durchgängiges Nachtbusnetz und bequeme Bus-Routen zu den Universitäts-Gebäuden geschaffen werden.

Da manche Menschen auf ein Auto angewiesen sind, fordern wir den Ausbau erneuerbarer E-Mobilität. Auch beim AStA-eigenen Fahrzeugverleih wollen wir langfristig auf E-Autos umstellen und so eine emissionsarme Leihmöglichkeit für Studis anbieten. Unter anderem sollen Ladestationen für E-Bikes vor Universitätsgebäuden geschaffen werden, sodass Studis und Professor*innen von außerhalb nicht auf das Fahrradfahren verzichten müssen.

Unsere Service-Angebote an die Studis, wie der Lastenrad-Verleih müssen bestehen bleiben und gegebenenfalls erweitert werden.



Ressourcenschonender Konsum

Die Mensa-Umfrage des AStA im April hat ergeben, dass die Studierenden sich einen größeren Fokus auf vegan/vegetarische Gerichte wünschen. Im Rahmen dessen fordern wir im ersten Schritt eine „Veggie-Rollwoche“ in den Mensen. In dieser wird jede Woche eine andere Mensa ein rein vegan/vegetarisches Angebot haben, während die übrigen Mensen weiterhin sowohl fleischhaltige als auch vegan/vegetarische Gerichte anbieten. Um das Essen in den Mensen und Bistros nachhaltiger, abwechslungsreicher und gesunder zu gestalten, ist es für uns essentiell, dass hier mehr auf saisonale, regionale, biologische, fair gehandelte und plastikfreie Produkte gesetzt wird. Außerdem sollte auf mehr Transparenz bezüglich der Inhaltsstoffe, Herkunft und CO₂-Bilanz geachtet werden. Als unerlässlich in der studentischen Versorgung sehen wir die Bistros an, welche sich gleichzeitig sehr gut als Orte für Pilotprojekte rein veganer Angebote eignen.

Nachhaltigkeit fordern wir auch in der Energieversorgung. Die Universität soll ausschließlich emissionslosen Ökostrom beziehen und den Energieverbrauch im Allgemeinen reduzieren. Ein sofort umsetzbares Konzept für Photovoltaik-Anlagen auf den Uni-Dächern hat der AStA erarbeitet, dieses sollte nun auch umgesetzt werden.



Ökologie

Unsere Uni soll grüner werden, und das nicht nur im übertragenen Sinne. Wir setzen uns gegen weitere Flächenversiegelung und für Begrünungsmaßnahmen zur Förderung der Biodiversität ein.

Durch die gezielte Förderung von heimischen Pflanzenarten auf den von der Universität verwalteten Grünflächen können wir einen wertvollen Beitrag zur Bekämpfung des Insektensterbens und zum Erhalt der Artenvielfalt leisten. Eine Be-

grünung mit Bäumen und Sträuchern auf dem Universitätsgelände kann für ein ausgeglicheneres temperiertes und schadstoffärmeres Stadtklima sowie Erhaltung der Biodiversität von Insekten, Vögeln und Kleinsäugetieren sorgen. Initiativen wie die studentischen Gärten sollen ausgebaut werden, da sie nicht nur im ökologischen Sinne förderlich sind, sondern auch Raum für einen politischen Diskurs bieten.

Aufgrund der eigenen Lichtverschmutzung wird es in Münster nachts nie richtig dunkel. Diese wird von nachts dauerhaft brennenden Beleuchtungsanlagen, wie die, die auch zum Beispiel das Schloss bestrahlen, erzeugt. Eine solche Beleuchtung stört den Biorhythmus vieler Tiere, vor allem Insekten und Vögel, und führt auch bei Menschen zu Schlafstörungen. Deshalb sollte die Universität in Zukunft auf die durchgehende Inszenierung des Schlosses mit Beleuchtung verzichten und die Lichter nachts ausstellen.

In wissenschaftlichen Experimenten werden häufig Tiere als Versuchsobjekte benutzt. Als CampusGrün positionieren wir uns eindeutig gegen Tierversuche und wollen langfristig auf eine tierversuchsfreie Forschung hinarbeiten. Es sollte umfangreich über mögliche innovative Alternativen zu tierexperimenteller Forschung aufgeklärt und diese gefördert werden. Die Kommission für tierexperimentelle Forschung sollte daher auch mehr Entscheidungsbefugnisse und Kompetenzen an der Uni Münster erhalten.

Unsere wichtigsten Forderungen auf einen Blick:

- + Mehr Nachhaltigkeit in der Lehre sowie die Erweiterung der Koordinierungsstelle für Nachhaltigkeit zu einem Green Office
- + Geltungsbereich des Semestertickets ausweiten und Lastenradverleih ausbauen
- + Mehr vegane und vegetarische Angebote sowie mehr biologische, regionale, saisonale und fair gehandelte Produkte in Mensen und Bistros
- + Solaranlagen auf allen Dächern und ausschließlich echten Ökostrom für Uni und Studierendenwerk
- + Mehr bewachsene und bepflanzbare Flächen für mehr Biodiversität
- + Unnötige Nachtbeleuchtung und Lichtverschmutzung stoppen
- + Hinarbeiten auf eine tierversuchsfreie Forschung und Alternativen zur tierexperimentellen Forschung fördern

DEMOKRATIE UND GERECHTIGKEIT

Ein Studium soll kein Rennen zum Abschluss und die bloße Bildung besseren Humankapitals sein. Wir sind an dieser Uni, um uns im besten Fall als Menschen weiterzubilden und, so ambitioniert das auch klingen mag, gegebenenfalls die Welt ein Stückchen besser zu machen. Deshalb gilt es, insbesondere an der Uni bestehende Diskriminierungsformen zu bekämpfen und für gesellschaftliche Verbesserung einzustehen.

Was wir bisher geschafft haben:

- + Unterstützung der Etablierung des INTA*-Referats
- + Finanzielle Unterstützung des Mentoringprogramm Big Sis
- + Durchführung von Testphasen mit Menstruationsprodukte auf einigen Toiletten
- + Beteiligung an der Anti-Rassismus-Kampagne des AStA
- + Unterstützung vieler Studierender durch den Corona-Notfonds
- + Zurverfügungstellung eines Awareness-Konzepts und -Telefons in der O-Woche
- + Quotierung bei Personalbesetzungen durch CampusGrün
- + Vorträge und Workshops des AStA zu Themen rund um Intersektionalität



Sexismus und Queerfeindlichkeit

Wir wollen gegen Sexismus und Queerfeindlichkeit, die das Leben vieler Studis beeinflussen, vorgehen. Vor allem in den Machtgefällen der Uni ist es oftmals schwer, diese aufzuzeigen und wirksam zu bekämpfen, wenn es von Personen

in Autoritätspositionen zu sexistischen/queerfeindlichen Äußerungen und übergriffigem Verhalten kommt. Deshalb fordern wir die Etablierung einer unabhängigen Beschwerdestelle.

Auch auf studentischer Seite sehen wir Probleme: So fehlt es in den O-Wochen auf vielen Veranstaltungen an einem wirksamen Awarenesskonzept, und auch die Praktiken der Kleiderketten/Kleiderbäume, die vor allem weiblich gelesene Studis unter Druck setzen sollen, sich auszuziehen, sind noch nicht vollständig verschwunden. Hier ist eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Fachschaften gefragt, von denen einige diese Probleme bereits angehen und wirksame Konzepte erarbeitet haben, die sie an andere Fachschaften weitergeben können.

Die O-Wochen sind unter anderem im Jurastudium weiterhin ein Rekrutierungs-ort für Studentenverbindungen, die durch Verbindungsparties und günstige Wohnungsanzeigen Erstis anlocken. Wir stellen uns weiterhin entschieden gegen diese Männerbünde und fordern eine Streichung aller Verbindungen von der Matrikel. Wir möchten in Kooperation mit den Fachschaften besser über diese Praktiken aufklären und Konzepte zur Bekämpfung von Verbindungen erarbeiten.

Studis verschiedener Geschlechter können menstruieren und profitieren immens von einfach zugänglichen, kostenlosen Menstruationsprodukten in ihrem Umfeld. Wir haben bereits das Bereitstellen von kostenlosen Menstruationsprodukten auf manchen Toiletten im Rahmen von Testphasen erreicht und fordern die Ausweitung dieses Programms auf alle Toiletten der Uni mit der Finanzierung aus Geldern der Uni! Darüber hinaus sollten auch auf allen Toiletten Mülleimer zur Verfügung stehen, um abzusichern, dass menstruierende Menschen überall Periodenprodukte entsorgen können!

Ein nützliches Werkzeug zur Bekämpfung der erschwerten Bedingungen von FINTA*-Personen an der Uni sind Quotierungen z. B. bei der Masterstudiumsplatzvergabe. Dem Trend, dass der Prozentanteil von FINTA*-Personen im weiteren Studium abnimmt, wird mit einer Kaskadenquotierung entgegengewirkt, wonach ein gewisser Anteil der Masterplätze, der dem Anteil der FINTA*-Personen im dazugehörigen Bachelorstudiengang entspricht, quotiert, also erstmal für FINTA*-Personen vorgesehen, ist.

Auch in der Hochschulpolitik kann gegen die Tendenz mancher Listen korrigiert werden, vor allem cis Männer auf Listen aufzustellen und in Gremien zu wählen: Wir fordern, dass die Wahllisten für das Studierendenparlament quotiert werden.

Um die demokratische Beteiligung von männlich dominierten Listen nicht unverhältnismäßig zu begrenzen, soll eine nichtquotierte Liste zwar möglich bleiben, jedoch von der besagten Hochschulgruppe in einer Erklärung begründet werden, anstatt der unkommentierte Status quo zu bleiben.



Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus

Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus sind Lebensrealität zahlreicher Studierender an unserer Uni. Wir erkennen diese Realität an und solidarisieren uns mit den Betroffenen. Nur reichen bloße Solidaritätsbekundungen nicht aus, um die Situation dieser Menschen zu verbessern und wir kämpfen deshalb für die ernsthafte Berücksichtigung von BIPOC, Jüd*innen, Sinti*zzen und Rom*nja in unserer Gesellschaft.

Das BIPOC-Referat ist hierbei als basisdemokratische Vertretung der Community rassistisch bedrohter Minderheiten nicht mehr wegzudenken. Die wiederholten Versuche das BIPOC-Referat zu diskreditieren, verurteilen wir entschieden. Grundsätzlich gilt es rassistische, antisemitische und antiziganistische Strukturen tiefgreifend anzugehen.

Um die eigenen Rassismen zu erkennen und zu verstehen, brauchen wir umfassende Angebote, die sich auch speziell an weiße Studierende richten. Konkret schlagen wir vor, Kurse zu den Themen Critical Whiteness und Allyship im Rahmen der Allgemeinen Studien für alle zugänglich zu machen. So sollte die Uni allen Studierenden die Möglichkeit geben, sich durch verschiedene Bildungsangebote intensiv mit der deutschen Kolonialgeschichte auseinanderzusetzen. Die deutsche Kolonialgeschichte sowie insbesondere der Völkermord an den Herero und Nama muss auch in der Forschung kritisch aufgearbeitet werden. Ferner setzen wir uns für eine unabhängige Rassismus-Beschwerdestelle sowie die Änderung aller kolonialistisch motivierter Straßennamen ein.

Den Beschluss des Studierendenparlaments gegen Antisemitismus wollen wir nachbessern, um ihn wirksamer zu machen und um das Engagement gegen Antisemitismus mit dem Engagement gegen andere Diskriminierungsformen in Einklang zu bringen. Dabei erkennen wir auch die intersektionale Lebensrealität von

verschiedenen Diskriminierungsformen an.

Mit uns haben Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus keinen Platz an dieser Uni. Für ein besseres Miteinander gilt es den rassistischen, antisemitischen und antiziganistischen Strukturen in unserer Gesellschaft konsequent mit progressiven Strukturen zu begegnen. Dies umfasst insbesondere die Aufklärungsarbeit gegen rassistische, antisemitische und antiziganistische Narrative, Vorurteile, Mythen und Ausgrenzungen sowie die Verdrängung diskriminierender und verletzender Sprache.

Durch das Anstreben der Anonymisierung bei Prüfungsleistungen soll die Uni unterbewusst verinnerlichte antirassistische, antisemitische und antiziganistische Vorstellungen bei Dozierenden als Bewertungskriterium zurückdrängen. Zudem sollen für alle religiösen Minderheiten Gebetsräume, über das Gebiet der Uni verteilt, angeboten werden.



Ableismus

Kein Mensch sollte aufgrund der eigenen Fähigkeiten herabgewertet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen im Uni-Alltag nicht länger auf ihre körperliche, psychische oder neurodivergente Behinderung reduziert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir, dass in unserer Gesellschaft ein Bewusstsein für Behinderungen entsteht, welches insbesondere den gerechten Umgang mit den jeweiligen Menschen umfasst und schädliche Vorstellungen aufklärt.

Essenziell für den Kampf gegen den Ableismus ist die Inklusion. Die Uni muss dafür Sorge tragen, dass es für alle Menschen möglich ist, ihrem Studium niedrigschwellig nachzugehen.

Ebenfalls wichtig ist die historische Aufarbeitung des Ableismus, um den heutigen Ableismus effektiv bekämpfen zu können. Die Herabwertung behinderter Menschen im Kontext der Euthanasie im Nationalsozialismus, das nur langsam abnehmende Schweigen über psychische Krankheiten und ihre Herabwertung als

"Kopfgeschichten" sowie die damit einhergehende Verwirrung über die Fachbegriffe der Psychologie in der Umgangssprache sind nur ein paar Beispiele für wichtige Ansatzpunkte der historischen Aufarbeitung. Für Gruppen, die besonders von Vorurteilen betroffen sind, wie etwa Narzist*innen, Psychopath*innen, Autist*innen und Menschen mit ADS oder ADHS soll ein gesellschaftliches Klima angestrebt werden, worin diese Menschen offen über ihre Situation sprechen können, ohne angefeindet oder anderweitig diskriminiert zu werden. Es ist wichtig, dass die Betroffenen von Ableismus bei der Suche nach Hilfe nicht zusätzlich traumatisiert werden.

Die Strukturen der Uni, die sich gegen den Ableismus richten, gilt es weiter zu stärken. Dies gilt insbesondere für die Vertretungen der Studierenden mit Behinderung und chronischen Krankheiten des Senats, des AStA, der Fachbereiche und weiteren Institutionen.



Klassismus

Kinder von Akademiker*innen nehmen häufiger ein Studium auf und brechen es seltener ab als Kinder von Arbeiter*innen oder anderweitig finanziell und kulturell Benachteiligten. Hierfür sind diverse formelle und informelle Hürden verantwortlich, die wir abbauen wollen. Seien es versteckte Studiengebühren wie Kosten für Laborpraktika und Exkursionen, seien es Diskriminierungen aufgrund der Nichtzugehörigkeit zum klassischen akademischen Milieu oder seien es Anwesenheitspflichten, die nur für Studis tragbar sind, die nicht neben dem Studium gezwungen sind, einer Arbeit nachzugehen.

Wir wollen nicht nur die Unterstützung für finanziell und kulturell Benachteiligte Studierende ausbauen, sondern auch stärker mit ihrer Statusgruppenvertretung, dem autonomen Referat für finanziell und kulturell benachteiligte Studis, zusammenarbeiten. Darüber hinaus, fordern wir zentrale Ansprechpartner*innen an der Universität und Beratungsangebote in den Fachbereichen um finanziell und kulturell benachteiligte Studierende besser zu unterstützen.



Demokratische Uni

Mit dem NRW-Hochschulgesetz von 2019 gibt es für zivile Universitäten in NRW wieder die Möglichkeit militärische Forschung zu betreiben. Um dies zu verhindern, haben wir nur ein Mittel: Unsere Universität muss sich eine strenge Zivilklausel geben. Diese Zivilklausel muss unmissverständlich vorschreiben, dass jede Form von Forschung an dieser Universität nur zivilen Zwecken und keinesfalls militärischen Zwecken dienen darf. Es ist unser Beitrag, den wir als Studierendenschaft leisten können, um die militärische Gewalt mit der Kraft eines politischen Neins in ihre Schranken zu weisen und etwas für eine friedlichere Welt zu tun.

Wir fordern eine Demokratisierung der Uni, damit studentische Interessen ein Ausmaß an Beachtung findet, welches unserer Rolle als kommende Generation der akademischen Welt gerecht wird. Das Prinzip der professoralen Mehrheit, nachdem in allen Gremien mit Entscheidungskompetenzen mehr als die Hälfte der Mitglieder Professor*innen sein müssen, wollen wir durch das Prinzip der Viertelparität ersetzt sehen. Das Prinzip der Viertelparität besagt, dass je 25% der Mitglieder eines Uni-Gremiums aus Studierenden, akademischen Mitarbeiter*innen, nicht-akademischen Mitarbeiter*innen und Professor*innen bestehen muss und wird bereits erfolgreich in vielen Gremien angewendet, die dazu da sind, den Gremien mit Entscheidungskompetenzen zuzuarbeiten. Außerdem wollen wir die Senatswahlkreise abschaffen, da diese sehr ungleich zugeschnitten sind.

Zudem fordern wir eine studentische Beteiligung an der Leitung der Uni in Form eines studentischen Prorektorats. Gerade während der Corona-Pandemie ist immer wieder der Eindruck entstanden, dass das Rektorat realitätsferne Vorstellungen von den studentischen Belangen hatte. Diese Realitätsferne aus der Welt zu schaffen, wäre ein Gewinn für die gesamte Uni.

Ebenfalls zur Demokratisierung der Uni gehört die Öffnung der universitären Organisationsstrukturen für eine niedrigschwellige studentische Beteiligung. Alle Studierenden sollten die Möglichkeit haben, über das Internet auf dieselben Informationen zuzugreifen, die den Gremien der Uni vorliegen, sofern hierdurch keine Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Der Anspruch der Uni sollte hierbei sein, dass leicht nachvollziehbar ist, warum sie tut, was sie tut. Zu einer zeitgemäßen Umsetzung von Transparenz gehört auch, dass Studierende von der Verwaltung alle Informationen anfragen können, die nicht der Geheimhaltung unterliegen.

Für eine aktive Basisdemokratie fordern wir zudem das Recht für alle Studierende, sich in alle Entscheidungsprozesse der Uni einbringen zu können, etwa durch das Teilnehmen an Sitzungen, das Stellen von Anträgen, sowie auch das einfache Einbringen von Ideen, welche es zu berücksichtigen gilt, als konstruktive Alternative zur Beschwerde. Insbesondere die Beteiligung an Bauvorhaben der Uni haben wir hierbei im Blick, da es hier momentan Probleme gibt, vor allem im Hinblick auf den Musik-Campus, welchen die Uni auf dem Gelände des studentischen Gartens errichten möchte.

Im Übrigen wollen wir den Hochschulrat abschaffen. Denn niemand kennt ihn, niemand braucht ihn und das Konzept ist Unfug. Der Grundgedanke des Hochschulrates folgt dem eines Aufsichtsrates einer Aktiengesellschaft. Mindestens die Hälfte der Mitglieder hat nichts mit der Uni zu tun. Der Hochschulrat steht dabei über dem Senat und entscheidet über die Finanzen und die strategische Ausrichtung der Uni. Für eine Demokratisierung der Uni ist es unumgänglich, den direkt gewählten Senat wieder zum höchsten Gremium der Uni zu machen, und das Experiment dieser Art Aufsichtsrat für Universitäten zu beenden.



Basisdemokratische Studierendenschaft

Das Konzept der studentischen Selbstverwaltung ist sinnvoll und erhaltenswert. Wir Studis können neben unseren Lehrveranstaltungen einige echt coole Sachen, Projekte und Ergänzungen zum Unileben auf die Beine stellen - doch leider sind die mannigfaltigen Möglichkeiten oft nicht bekannt oder können aus verschiedenen Gründen nicht richtig genutzt werden.

Vor allem die Vertretung der studentischen Hilfskräfte war in letzter Zeit stark unrechtmäßig vonseiten der Uni, die gerade so nach der Mobilisierung der Studierendenschaft von Schritten absah, die studentische Interessenvertretung durch deren Abschaffung massiv einzuschränken. Studentische Hilfskräfte sind durch ihr Arbeitsverhältnis zusätzlich zu ihrem Studium mit ihren Professor*innen in einem doppelten Machtverhältnis und wir planen, weiterhin für ihre Vertretung gegenüber ihren Arbeitgeber*innen einzustehen!

Grundsätzlich soll ein ausführlicher und verständlicher Überblick über die vielen

Beteiligungsmöglichkeiten allen Studis einfach, z. B. über den Erstibeutel, zugänglich sein und offensiv beworben werden. Vor allem die Hochschulpolitik selbst kann von mehr Aufmerksamkeit und höherer Beteiligung nur profitieren. Deshalb wollen wir auch die Hochschulwahlen selbst besonders stark bewerben, deren Wahlbeteiligung in der andauernden Pandemie nie ihr altes "hoch" von an die 20% erreichen konnte. Ein Mittel hierzu wäre eine Ausweitung des Werbezeitraums und der Möglichkeit, Plakate in der Nähe von Unigebäuden aufzuhängen, damit Studierende mehr Zeit haben, sich mit der Wahl auseinanderzusetzen.

Auch innerhalb unserer Selbstverwaltung können wir die Mitbestimmung verbessern, indem wir z. B. Hilfe für studentische Gruppen bei der Formulierung und Stellung von Finanzanträgen in den jeweiligen Gremien anbieten oder die Selbstverwaltung der studentischen Medien stärken. Auch mangelt es für viele Studierende in Doppelabschluss-Studiengängen an unseren Partnerunis an Selbstbestimmung im Studium; mit diesen Studis gilt es weiterhin, sich zu vernetzen und ihre Position zu stärken. Zuletzt ist es uns wichtig, dass das studentische Kulturzentrum "Baracke" weiterhin erhalten und in studentischer Hand bleibt. Auch hier war in der Vergangenheit die bevormundende Hand der Uni zu spüren, die die kulturschaffende und widerständige Institution mehrmals von ihrem Campus vertreiben wollte. Diese Erfolgsgeschichte studentischer Selbstorganisation wird und soll weiterhin Bestand haben!



Vernetzung und Internationalisierung

Die Vernetzung der Studierendenschaft auf der Stadt-, Landes- und Bundesebene ist uns wichtig. Zusätzlich befürworten wir für die Vernetzung mit der Stadtgesellschaft die aktive Beteiligung des AStA in progressiven Bündnissen, sowie das Aufrufen zu Demonstrationen.

Bezüglich des Krieges in der Ukraine sehen wir die Notwendigkeit ukrainische Studierende in unsere Studierendenschaft zu integrieren. Die Ausländische Studierendenvertretung werden wir hierfür unterstützen. Ebenso fordern wir, das International Office der Situation angemessen besser auszustatten, damit eine funktionierende Anlaufstelle für Internationals insbesondere aus der Ukraine sichergestellt ist. Generell soll sich die Uni strukturell mehr auf Internationalisie-

rung fokussieren und nicht zuletzt die Menschenrechte im Blick behalten wie etwa gegenüber ihrer Partneruniversität in São Paulo hinsichtlich des Umgangs Brasiliens mit den indigenen und ethnischen Minderheiten.

Darüber hinaus möchten wir mit der ASV eine Verbesserung der sprachlichen Barrierefreiheit koordinieren sowie in einen Austausch bezüglich finanzieller und Visa-Probleme für Internationals gehen. Eine Erasmus-Restplatzbörse soll zudem Studierenden in Münster erleichtern Studienplätze für Auslandssemester zu erhalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Studierendenschaft weiterhin mit Demonstrationen und Kämpfen gegen Unrecht solidarisiert.



Antifaschismus

Wir stehen weiterhin für eine antifaschistische Uni ein. Die Bekämpfung reaktionärer und faschistischer Tendenzen spielt eine ununterbrochen wichtige Rolle an unserer Universität in einer Zeit, in der diese merklich wieder erstarken.

In diesen Zeiten trägt unsere Uni weiterhin stolz den Namen Wilhelms II., eines glühenden Antisemiten, Kriegstreibers, des Völkermörders an den Herero und an den Nama und eines Feindes der Demokratie. Dieser Missstand hält schon lange an, und doch tut sich die Uni schwer, ihre fast 46.000 Studierenden von dieser Schande zu befreien. Wir erinnern an den Senatsbeschluss, wonach das Rektorat Wilhelm in der Erstibegrüßung kritisch thematisieren sollte, was dieses prompt ignorierte. Im Herbst dieses Jahres sollen die Ergebnisse des Informationsprojektes über unseren Namensgeber dargestellt werden, eine starke Positionierung der Studierendenschaft in diesem Thema ist also wichtiger denn je. Wir fordern weiterhin eine schnellstmögliche Umbenennung unserer Uni und werden diesen Wunsch der Studierendenschaft gegenüber dem Rektorat weiterhin vertreten!

Auch wir Studierende können unser Engagement für den Frieden weiter ausbauen. Zusätzlich zur starken Zivilklausel der Uni wollen wir eine Art Zivilklausel der Studierendenschaft etablieren, damit studentisches Engagement nicht von militaristischen Tendenzen vereinnahmt wird. Wir sagen auch hier: Nein zu Koopera-

tionen mit der Bundeswehr und anderen Militären!

Als Vertretung der Studierendenschaft kann der Allgemeine Studierendenausschuss mitwirken bei Themen, die uns mit betreffen; Studierende sind keine vom Rest der Gesellschaft abgekoppelte Spezies, sondern Teil von ihr. Dementsprechend befürworten und verfolgen wir weiterhin die Unterstützung und aktive Beteiligung des AStAs in progressiven Bündnissen und die Unterstützung von und den Aufruf zu politischen Kämpfen für eine bessere Welt. Nichts anderes kann von unserer Interessensvertretung erwartet werden.

Unsere wichtigsten Forderungen auf einen Blick:

- + Kostenlose Hygieneprodukte und deren Entsorgungsmöglichkeiten auf allen Toiletten der Uni
- + Kaskadenquotierung für Masterplätze
- + Konsequentes Vorgehen gegen Verbindungen
- + Anonymisierung aller Studien- und Prüfungsleistungen
- + Quotierte StuPa-Listen
- + Politisch aktiver AStA mit eigenen Bildungsveranstaltungen
- + Umbenennung der Uni
- + Viertelparität in Uni-Gremien
- + Hochschulrat abschaffen

STUDIERENDE ABSICHERN

Ohne Studierende keine Uni! Wir müssen alle Studierenden sowohl sozial als auch gesundheitlich absichern, um ihnen ein selbstbestimmtes und sorgenfreies Studium zu ermöglichen.

Dafür ist die finanzielle Sicherheit und die Gesundheit während des Studiums, sowohl physisch als auch psychisch, von besonderer Bedeutung. Aber auch mangelnder Wohnraum bleibt ein zentrales Problem für Studierende in Münster. Zusätzlich sind auch der Zugang zu Wasser und Hygiene sowie faire Arbeit an und nach der Universität entscheidend.

Was wir bisher geschafft haben:

- + Anpassung der Darlehensordnung an den BAföG-Höchstsatz
- + Etablierung des BAföG AKs als ASten-Vernetzung zur Formulierung von politischen Forderungen
- + Schaffung und Fortführung des Corona-Notfonds
- + Verdopplung des Haushaltstitels für Sozialdarlehen und eine Bedarfsprüfung für Stundungen abgeschafft
- + Etablierung des Arbeitskreises Psy-Fi (Psychische Fitness)
- + Einrichtung einer unabhängigen Beratungsstelle für psychische Gesundheit
- + öffentlichkeitswirksame Aufforderungen an Universität und Stadt, sich der Wohnraumsituation anzunehmen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen
- + Teilnahme am städtischen Arbeitskreis "studentische Wohnraumversorgung"
- + Etablierung der Wohnraumbörse und des Programms "Deine Couch für Erstis"
- + Erstellung eines Ratgebers zu studentischen Beschäftigungen
- + Einrichtung einer SHK-Beauftragung
- + Einsetzen gegen die Abschaffung der SHK-Vertretung
- + Start eines Pilotprojekts für kostenlose Menstruationsartikel auf den Toiletten



Finanzielle Sicherheit

Studieren ist teuer und BAföG reicht in vielen Fällen nicht aus, um finanziell benachteiligten Menschen ein Studium zu ermöglichen. Der aktuelle Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Reform des BAföGs geht nicht weit genug. Deshalb setzen wir uns auf allen politischen Ebenen für eine echte Reform des BAföGs ein. Dazu gehört die Öffnung für ausländische Studierende, größere Unabhängigkeit vom Einkommen der Eltern, eine realistische Förderungshöchstdauer und die Herabsetzung der Hürden beim Studiengangswechsel. Des Weiteren muss eine Antragsstellung nachträglich ermöglicht, die neoliberale Forderung des Leistungsnachweises abgeschafft und BAföG unabhängig vom Alter gezahlt werden. Zudem darf die Wahl des Studienorts nicht von den örtlichen Mieten abhängig sein. Deswegen müssen Mietstufen eingeführt werden und die Wohnkostenpauschale an die lokalen Mieten angepasst werden.

Studieren soll und darf nicht mit einer Verschuldung einhergehen. Aus diesem Grund fordern wir, das BAföG nicht mehr zur Hälfte als Kredit, sondern wieder als Vollzuschuss auszusahlen. Probleme beim BAföG liegen auch in der Abwicklung durch die Studierendenwerke: Um eine schnelle und studierendenorientierte Bearbeitung der Anträge in Münster zu erreichen, fordern wir schnellstmöglich eine ausreichende Finanzierung der BAföG-Abteilung des Studierendenwerks Münster. Wir setzen uns zudem vehement gegen versteckte Studiengebühren, wie zum Beispiel Gebühren für Praktika in den Naturwissenschaften, ein. Das heißt auch, dass die Lehre im Allgemeinen besser finanziert werden muss, um Zusatzkosten für Studierende zu vermeiden.

Promovieren ohne Ausbeutung und Armut muss möglich sein. Dazu müssen wir die Arbeitsbedingungen massiv verbessern. Es kann nicht sein, dass eine Anstellung auf 50%-Basis erfolgt, von den Promovierenden aber Arbeitszeiten einer Vollzeitstelle oder darüber hinaus erwartet werden. Auch die Überstunden und Arbeitsschutzgesetze müssen strikt kontrolliert und eingehalten werden. So sollen unter anderem die Urlaubstage der Promovierenden an die tatsächliche Arbeitszeit angepasst werden. Auch muss die Abhängigkeit der Promovierenden vom Wohlwollen der Professor*innen verringert werden.

Ähnliches gilt für das Praktische Jahr (PJ) im Medizinstudium. Auch hier wird den Studierenden von Seiten der Kliniken leider immer noch zu wenig Wertschätzung

entgegengebracht. Zudem wird das Praktische Jahr gar nicht oder nur geringfügig vergütet. Das Ziel des PJs, nebenher das theoretische Wissen zu wiederholen und zu festigen, wird dadurch klar verfehlt. Deswegen fordern wir eine faire Bezahlung im PJ und mehr Zeit für Lehre und Selbststudium. Beinahe alle Studierende müssen während ihres Studiums zudem eines oder mehrere verpflichtende Praktika absolvieren. Während dieser Vollzeittätigkeit ist es kaum möglich, einem Nebenjob nachzugehen, um den eigenen Lebensunterhalt weiterhin zu sichern. Daher setzen wir uns dafür ein, Pflichtpraktika im Studium angemessen zu vergüten. Entsprechende studentische Initiativen wie das Bündnis gegen prekäre Praktika wollen wir weiterhin unterstützen und fördern.

Studieren darf kein Privileg sein. Deshalb stehen wir in der Studienförderung für mehr Breitenförderung anstatt der momentan betriebenen Spitzenförderung. Informationsangebote für Stipendien müssen ausgebaut und für alle Studierende zugänglich gemacht werden.

Mit dem Corona-Notfonds konnten wir während der Pandemie zahlreiche Studis unterstützen. Wir planen, diesen Fonds in Zukunft in einen allgemeinen Notfonds zur Absicherung umzugestalten. Damit wollen wir Studierenden in prekären Situationen mit direkten Zuschüssen aus Spenden kurzfristig helfen, denn die rechtlichen Hürden verhindern solche Zuschüsse aus Geldern der Studierendenschaft. Studierende sollen sich außerdem in Zukunft in einer studentischen Steuerberatung und mit einem entsprechenden Reader umfassend über ihre steuerliche Situation und ihre Möglichkeiten informieren können.



Gesundheit fördern

Studierende sind während des Studiums von verschiedenen Seiten hohem psychischen Druck ausgesetzt. Die Corona-Pandemie hat diese Problematik weiter verschärft und erneut verdeutlicht, dass die psychische und körperliche Gesundheit von der Universität lange unterschätzt wurde.

Wir fordern weiterhin die Ausarbeitung und Umsetzung eines Konzeptes zur psychischen Gesundheit innerhalb der Universität. Durch dieses Konzept sollen Beratungsangebote für Studierende wie auch Mitarbeitende besser vernetzt, bewor-

ben und gefördert werden. Neben Schutz- und Austauschräumen für betroffene Studierende sollen auch Veranstaltungen wie ein "Auszeit-Wochenende" angeboten werden, in dem Studierenden die Möglichkeit erhalten, dem Alltag zu entfliehen und einen gegebenen Raum vielfältig, kreativ und frei zu nutzen. Für angehende Lehrer*innen soll es spezielle Beratungsangebote zu den Problematiken von Verbeamtung und psychischer Behandlung geben. Auch das Thema Sucht im Studium soll in der neuen Legislatur weiter aufgearbeitet werden. Wir fordern den Ausbau von Aufklärungs-, Beratungs- und Präventionsangeboten auf Basis entsprechender Fakten und Informationen.

Im Allgemeinen fordern wir von der Landesregierung, dem Landes-Asten-Treffen und der Universität eine Anerkennung der Mental Health-Problematik unter Studierenden. Anstelle von Stigmatisierung und Diskriminierung soll sich stärker für Betroffene eingesetzt werden.

Für die Verbesserung der körperlichen Gesundheit engagieren wir uns für mehr Plätze im Kursangebot des HSP. Dabei möchten wir das hohe Niveau des aktuellen Angebots halten.

Da es deutschlandweit immer weniger Ärzt*innen gibt, die Abtreibungen durchführen, ist die Versorgungssicherheit von FINTA* akut gefährdet. Problematisch ist insbesondere, dass junge Gynäkolog*innen nicht ausreichend in der Durchführung von Aborten geschult werden. Außerdem wird das Thema in der Fachärzt*innen-Weiterbildung häufig übergangen. Deswegen fordern wir, dass die Durchführung von Abtreibungen, beispielsweise in sogenannten „Papaya-Kursen“, wie die Charité sie verpflichtend für alle Mediziner*innen anbietet, auch in Münster in die Lehrpläne aufgenommen wird. Außerdem sollte die medizinische Lehre dem Thema Krankheitsprävention mehr Aufmerksamkeit widmen.



Wohnraum für alle

Schon seit Jahren leiden Studierende in Münster unter dem angespannten und überbelegten Wohnungsmarkt in unserer Stadt. Durch die Corona-Pandemie sind die Schwächen des Systems besonders deutlich geworden. Mehr denn je gilt es jetzt, Gegenmaßnahmen zu ergreifen: Wir fordern mehr Wohnheimplätze, den Ausbau des Mehrgenerationenwohnen sowie temporäre Wohnprojekte. So sol-

len die durch den unzuverlässigen Wohnungsmarkt entstehenden Lücken flexibel kompensiert werden.

Außerdem sollen Leerstände der Universität genutzt und die (Um-)Nutzung von Bürogebäuden, Dächern universitärer Gebäude oder Freiflächen für Mikrowohnen stärker unterstützt und beworben werden. Wir wollen uns bei der Stadt dafür einsetzen, Anreize für Vermieter*innen zu schaffen, Studierende bei der Vermietung zu bevorzugen. Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit Hausbesetzungen, die auf die Missstände des Wohnungsmarktes aufmerksam machen.

Die Studierendenwerke sind aktuell stark unterfinanziert. Die Landesmittel müssen daher dringend erhöht werden, um Studierende über den Sozialbeitrag nicht noch mehr zu belasten. Für die Wohnungen des Studierendenwerkes bedarf es einheitlicher Bewerbungsverfahren sowie den öffentlichen Zugriff auf die Grundrisse dieser Wohnungen. Die Informationen zum Wohnberechtigungsschein müssen darüber hinaus besser zugänglich sein.



Faire Arbeit

Für Studierende, die an der Uni arbeiten, wollen wir bessere Arbeitsbedingungen schaffen. Wir möchten stärker mit gewerkschaftlichen Hochschulgruppen zusammenarbeiten und den Aktivenkreis der studentischen Hilfskräfte stärken. Dieser veranstaltet regelmäßige Treffen und setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen und die allgemeinen Interessen der SHKs ein. Zudem fordern wir die Bezahlung von SHKs nach Tarif, damit ihre Arbeit gebührend gewürdigt wird. Die Initiative TVStud, die für einen Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte kämpft, wollen wir weiterhin bewerben und unterstützen. Darüber hinaus wollen wir uns in Zusammenarbeit mit der Promovierendenvertretung für mehr Promotionsstellen einsetzen, ohne die eine Promotion finanziell kaum tragbar ist.

Viele Studierende sind Teil einer ehrenamtlichen Organisation und stecken viel Freizeit in Herzensprojekte - allerdings meist ohne Vergütung. Wir wollen eine größere Wertschätzung für Ehrenämter schaffen, indem wir die Universität auffordern, derartige Arbeit als Studienleistung anzuerkennen und dafür Leistungspunkte zu vergeben. Alle Ehrenämter sollen bei Krankenkassen, dem BAföG-Amt

und allen anderen Stellen leichter anerkannt werden, sodass die Regelstudienzeit bei vielfältigem Engagement nicht als Maß zur Förderung gilt. Ebenso sollte die Möglichkeit gestärkt werden, für ein Ehrenamt ein Urlaubssemester zu beantragen.

Viele Studierende fühlen sich nach dem Studium nicht richtig auf das Arbeitsleben vorbereitet. Der Career Service der Uni bietet schon jetzt Angebote zu Bewerbungsgesprächen, Bewerbungsschreiben, Einblicken in das Berufsleben und vielem mehr. Wir wollen diesen Service bekannter machen, die Vernetzung mit dem AStA vorantreiben und eine Umfrage erstellen, welche weiteren Angebote sich Studierende wünschen. Innerhalb des Angebots des Career Service soll vor allem eine Kooperation mit nachhaltigen Unternehmen angestrebt werden, sodass gerade diese für Studis interessant gemacht werden.

Uns ist es wichtig, dass die Universität niedrigschwellige Angebote für studentische Gründer*innen schafft. Wir setzen uns daher für eine Verbesserung der universitären Strukturen in diesem Bereich und den Abbau von Barrieren ein. Dies wollen wir unter anderem durch eine Vernetzung mit dem Start-up Center und der Wirtschaftsförderung erreichen. Auch sollte die Universität einen Gründungsreader als Informationsquelle erstellen. Zentral ist für uns auch, dass es eine studentische Vertretung im Start-up Center gibt, damit studentische Interessen in jeder Gliederung der Universität gewahrt werden. Des Weiteren fordern wir von der Universität, vor allem nachhaltige und soziale Start-ups über das Start-up Center zu fördern.



Wasser und Hygiene

Saubere Toiletten gehören in jedem öffentlichen Gebäude zur Grundversorgung. Leider kann nicht jedes Universität-Gebäude damit aufwarten. Deshalb setzen wir uns für die nötigen Sanierungen ein. Außerdem sollte es in jedem Universität-Gebäude schnell erreichbare geschlechtsunabhängige Wickelräume geben. Auch wenn Toiletten saniert sind, können Hygienemängel auftreten. Deshalb wollen wir an einem intuitiven QR-Code-System arbeiten, mit dem Mängel einfach per Smartphone gemeldet werden können. Zudem werden wir ein Zeichen gegen die Plastikflut aus Einwegflaschen setzen, indem wir Wasserspen-

der in den Mensen und allen Uni-Gebäuden aufbauen. Dazusollen Wasserspender bei der Planung von Uni-Gebäuden in Zukunft immer berücksichtigt werden.

Unsere wichtigsten Forderungen auf einen Blick:

- + Echte BAföG-Reformen und studentische Mitbestimmung im BAföG-Amt
- + Versteckte Studiengebühren verringern
- + Erhaltung und Weiterentwicklung des Corona-Notfonds als allgemeiner Notfonds
- + Erarbeitung eines Konzepts zur psychischen Gesundheit an der Universität
- + Ausbau von Aufklärungs-, Beratungs- und Präventionsangeboten
- + Verbesserte Arbeitsbedingungen für Studentische Beschäftigte und Promovierende
- + Mehr studentischer Wohnraum und Erhöhung der Landesmittel für die Studierendenwerke
- + Leerstände nutzen und Gelände der Universität nachverdichten
- + Kostenlose Menstruationsprodukte und geschlechtsunabhängige Wickelräume auf allen Uni-Toiletten
- + Wasserspender in Uni-Gebäuden

STUDIUM UND LEHRE VEREINFACHEN

Die Universität ist ein Ort des Lernens, Forschens und Wachsens. Dabei werden sowohl grundlegende wissenschaftliche Denkweisen als auch gesellschaftliche Grundwerte vermittelt. Die Studierenden und alle beteiligten Lehrpersonen spielen in diesem Gefüge eine ausschlaggebende gestalterische Rolle.

Um dieser wichtigen Aufgaben gerecht werden zu können, müssen die Strukturen der Universität fortlaufend betrachtet und angepasst werden. Ist ein barrierefreies Studium aktuell möglich? Wie steht es um die Digitalisierung im Studium? Welche Strukturen brauchen wir, damit das Studium menschlicher wird?

Was wir bisher geschafft haben:

- + Beachtung von Barrierefreiheit bei der Social Media Arbeit und Auswahl des Plenumsortes des AStA
- + Einsetzen für barrierefreie Zugänge zu aufgestellten Containern
- + Brief an Dozierende verfasst, um für Vorzüge der hybriden Lehre einzutreten
- + Online zugängliche Fortführung der Beratungsformate des AStA , z. B. die psychologische Beratung
- + Etablierung und Ausbau des Laptopverleihs des AStA für Studierende
- + Bargeldlose Aufladung des Studierendenausweises initiiert
- + Erstellung des wöchentlichen Newsletters und der Wochenschau des AStA als schnelle und hürdenlose Informationsquelle
- + Eintreten für Erhalt von Arbeitsplätzen zur Teilnahme an Online-Veranstaltungen in zentralen Bibliotheken
- + Vertretung der Studierenden im Sprachenzentrum durch unsere Beauftragung
- + Beteiligung am AStA-Angebot für Gebärdensprachkurse
- + Intensive Arbeit an der Umgestaltung des Lehramtsstudiums im Rahmen der an den AStA angeschlossenen Beauftragung Lehramt



Barrierefreiheit

Für uns ist es essentiell, dass Bildung für alle zugänglich gemacht wird. Daher gilt es sowohl räumliche Barrieren für die Präsenzlehre abzubauen als auch online Lehrmaterialien zur Verfügung zu stellen, die barrierefrei abgerufen werden können.

Wir setzen uns in allen Gremien dafür ein, dass die Uni-Räume – egal ob großer Vorlesungssaal oder kleiner Seminarraum – barrierefrei zugänglich sind. Auch in den von der Studierendenschaft verwalteten Gebäuden ist dieser Standard unabdingbar und wir werden uns weiterhin für einen Umbau des AStA-Gebäudes einsetzen. Außerdem braucht es zum Beispiel Schreibplätze für Rollstuhlfahrer*innen in Hörsälen sowie höhenverstellbare Arbeits- und Laborplätze in allen Instituten, die barrierefrei erreichbar sind. Die Uni soll alle Räume so ausstatten, dass eine Teilnahme Aller an der Lehre ermöglicht wird. Dazu zählen zum Beispiel auch die Ausstattung mit Induktionsschleifen und Aufzeichnungsgeräten.

Wenn Vorlesungsaufzeichnungen hochgeladen werden, ist dies unserer Meinung nach schon ein guter Schritt in die richtige Richtung. Diese eLectures sollen jedoch mit Untertiteln versehen werden, damit Bildung nicht an körperlichen Behinderungen scheitert. Zu Bildmaterialien sollen immer Alternativtexte zur Verfügung gestellt werden und jegliche Vorlesungsunterlagen sollten in Screen-Reader kompatiblen Formaten verfügbar sein. Zur Umsetzung dessen fordern wir regelmäßig stattfindende, verpflichtende Fortbildung für Dozierende und Lehrpersonen.

Der Umgang mit Nachteilsausgleichen muss transparenter vonstatten gehen. Dadurch wird eine generelle Vereinfachung der Beantragung ermöglicht. Zudem müssen auch die Ansprechstellen für behinderte und chronisch kranke Studierende seitens der Uni noch bekannter gemacht werden und leichter zu erreichen sein. Dies wäre ein guter Schritt, die Sichtbarkeit von behinderten, chronisch kranken und neurodiversen Personen in Forschung, Lehre und Studium zu erhöhen. Dabei ist es wichtig, die Senats-Beauftragung für behinderte und chronisch kranke Studierende weiterhin in studentischer Hand zu lassen. Wir fordern außerdem, dass sich die Uni mit ihren ableistischen Strukturen auseinandersetzt und diese in Zusammenarbeit mit betroffenen Personen überarbeitet.



Digitalisierung

Die ULB und die Zweigbibliotheken sind nicht nur in den Klausurenphasen ein beliebter Ort für Studierende

Wir als CampusGrün möchten die Digitalisierung nutzen, um Prozesse an der Universität einfacher, schneller und nutzer*innenfreundlicher zu gestalten. Die Barrieren sollen gesenkt und die Lehre an die Lebensrealität der Studierenden angepasst werden. Mit dem Learnweb und den eLectures bietet das Zentrum für Hochschullehre (ZHL) zwei gute Angebote, um die Lehre modern und digital mitzugestalten.

Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass alle Skripte online zur Verfügung gestellt und Vorlesungen aufgezeichnet werden. Für jeden Pflichtkurs im Studium soll es dafür einen Learnwebkurs geben. Um dies umzusetzen, muss die Uni mehr Aufzeichnungstechnik anschaffen und sollte auf aktive White-Boards statt auf Tafeln und auf Dokumentenkameras statt auf Over-Head-Projektoren setzen. Auch soll der Tausch von Wahl-Veranstaltungen durch ein Online-Tool vereinfacht werden. Dort sollen Wunschtermine eingetragen und Tauschangebote mit anderen Studis verwaltet werden können. Dies kommt vor allem Studierenden mit Kind zugute, die nicht zu jeder Zeit für ein Seminar oder eine Vorlesung zur Uni fahren können.

Mit den Planungen zum Campus-Management-System hat die Universität zwar bereits gute Schritte unternommen, die Funktionalität überzeugt jedoch bisher noch nicht. Ein besonderes Anliegen ist uns dabei die Einrichtung einer Campus-App, welche das Campus-Management-System, Learnweb, eLectures, Semester-ticket, Kultursemesterticket und weitere digitale Services der Uni, des AStA und Studierendenwerks für die Studierenden bündelt. Dazu zählt auch die Möglichkeit einer digitalen Immatrikulation.

Der kontinuierliche Ausbau des Bestandes von eBooks in den Bibliotheken erleichtert die Zugänglichkeit zu Lehr- und Studienmaterialien und verringert die allgemeinen Studiausgaben, da Lehrbücher seltener selbst angeschafft werden müssen. Neben der Nutzer*innenfreundlichkeit ist aber auch die Privatsphäre und der Datenschutz bei der Digitalisierung von enormer Bedeutung. Hier müssen seitens der Universität ebenfalls mehr Anstrengungen unternommen werden.

Es ist wichtig die Abhängigkeit von großen Unternehmen an der Universität zu verringern. Daher bevorzugen wir die Verwendung von Open-Source-Software und eigenen Lösungen in Lehre und Forschung. Das Geld für teure Software-Lizenzen kann die Universität besser in die Bereitstellung digitaler Lehrmaterialien und eBooks stecken.

Die semesterweise stattfindenden Online-Evaluationen der Lehrveranstaltungen begrüßen wir als Schritt hin zu einer transparenten und qualitativ hochwertigen Lehre. Wichtig ist jedoch weiterhin unsere Forderung an die Uni, die digitalen Evaluationen der Lehrveranstaltungen den Studierenden und der Öffentlichkeit an exponierter Stelle zugänglich zu machen.

Weiterhin hat die Entwicklung der letzten zwei Jahre gezeigt, dass die Vorteile von Online-Klausuren in manchen Fällen überwiegen. Daher setzen wir uns gegenüber der Uni und den politischen Entscheidungsträger*innen dafür ein, diese weiterhin zu ermöglichen.



Menschliches Studium

Wir möchten allen Studierenden ein menschliches Studium ermöglichen, in dem der unnötige Druck von Außen minimiert wird. Daher setzen wir uns weiterhin für die Abschaffung des Drittversuchs ein. Des Weiteren möchten wir Anwesenheitspflichten, überall wo es möglich ist, verhindern. Auf diese Weise kann das Studium der Alltagsrealität der Studierenden angepasst werden. Wo Anwesenheitspflichten auch nach eindringlicher Prüfung noch als notwendig erachtet werden, setzen wir uns für Sonderregelungen für Studierende mit Kind ein. Diese sollen während der Veranstaltung einen Betreuungsplatz zugesichert bekommen.

Wir machen uns dafür stark, dass der Zugang zu zulassungsbeschränkten Studiengängen nicht nur über den NC ermöglicht wird, sondern auch außerschulische Leistungen und fachspezifische Eignungstests eine Rolle spielen können. Langfristig sollte die Anzahl der Studienplätze bedarfsgerecht angepasst werden, damit jeder*jedem Interessierten ein Studienplatz angeboten werden kann. Daher fordern wir zum Beispiel bei den Masterplätzen eine Masterplatzgarantie.

Einen besonderen Fokus legen wir auf die Studierenden, die als Abschluss ein Staatsexamen anstreben. Wir wollen erreichen, dass es vor dem Staatsexamen einen Zwischenabschluss gibt. Auf diese Weise wird die Gefahr, dass bei Nichtbestehen des Staatsexamens die Studienzeit vergebens war, verringert. Für Jurist*innen streben wir einen Bachelor of Laws nach 6 Semestern an. Auch Pharmazeut*innen oder Mediziner*innen sollen nach 6 Semestern schon einen Bachelorabschluss erhalten. Dies könnte beispielsweise ein Bachelor in den Medizinwissenschaften oder in Biomedizin sein.

Auch das Lehramtsstudium wollen wir verändern. Zum Beispiel durch eine Erweiterung der möglichen Fächerkombinationen. Wir wollen im Zwei-Fach Bachelor zusätzlich zum 50:50 Prinzip den Studierenden eine richtige Wahl lassen. Sie sollen selber entscheiden können, was ihr Schwerpunktfach sein soll. Zudem wollen wir den Übergang vom Zwei-Fach Bachelor zum fachwissenschaftlichen Bachelor und Master erleichtern. Bei offensichtlichen inhaltlichen Überschneidungen der Module in den beiden Bachelorfächern soll eine einfache Anrechnung der Leistungen ermöglicht werden. Und um der zeitlichen Überschneidung der Veranstaltungen in den beiden Fächern entgegenzutreten, fordern wir, dass die Inhalte der Veranstaltungen den Anforderungen der Studierenden gerecht hochgeladen werden.

Ebenso setzen wir uns für mehr Grundschullehramts-Studienplätze an unserer Universität ein! Das Angebot entspricht hier absolut nicht dem gesellschaftlichen Bedarf und auch nicht der Nachfrage durch Studieninteressierte.

Damit alle Studierenden, egal in welchem Fach, die gleichen Chancen auf eine Promotion haben, müssen gerade für die Geisteswissenschaften mehr Promotionsplätze geschaffen werden. Die Geisteswissenschaften dürfen nicht hinter den Naturwissenschaften zurückbleiben, sondern müssen an der Uni gleichberechtigt gefördert werden.

Aktuelle Entwicklungen in der Forschung müssen auch Platz in der Lehre finden und so an die Studierenden vermittelt werden. Die Eingliederung interdisziplinärer Forschungszentren nimmt dabei einen wichtigen Platz ein. Wir sehen den Dreischritt aus Lehre, Forschung und Transfer als essentiellen Bestandteil der wissenschaftlichen Grundbildung aller Studierenden. Dozierende sollten ihre didaktischen Fähigkeiten stetig ausweiten können und Schulungsangebote erhalten.

Ebenso setzen wir uns für die Ausweitung der allgemeinen Studien ein! Wir fordern, dass es in jedem Bachelorstudiengang möglich wird, Leistungspunkte über die allgemeinen Studien zu erbringen. Über ein eigenes Zertifikat soll nach einer

gewissen Anzahl an Leistungspunkten aus den Allgemeinen Studien, dies als "Allgemeines Studium" bescheinigt werden.

Im Sprachenzentrum und in den Philologien können Studierende bereits jetzt schon Sprachen lernen. Hier wollen wir über unsere studentische Vertretung das Angebot der verschiedenen Sprachen und vor allem die Anzahl an Anfänger*innen-Kursen deutlich erhöhen. Zudem wollen wir in weiteren Bereichen eine fachspezifische Fremdsprachenausbildung einrichten.

Die verschiedenen Zweigbibliotheken der Universität werden derzeit keinem einheitlichen Qualitätsstandard gerecht. Wir sehen die Notwendigkeit längerer Öffnungszeiten, einer Verbesserung der Schließfach-Situation, von mehr und besser ausgestatteten Räumen zur Gruppenarbeit sowie Aufenthaltsräumen in allen Bibliotheken. Ein Schritt könnte hier zum Beispiel die Zusammenlegung der naturwissenschaftlichen Bibliotheken sein.

Um die Aufenthaltsqualität auf den Außenflächen und in den Gebäuden der Uni zu verbessern, fordern wir neben kostenlosen Wasserspendern mehr Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten. Außerdem müssen die Fahrradabstellmöglichkeiten ausgebaut und eine flächendeckende Versorgung mit Mülleimern erreicht werden. Die Anzahl und Qualität der Gruppenarbeitsräume in allen größeren Uni Gebäuden soll ebenfalls so verbessert werden, dass Lerngruppen mit der notwendigen Infrastruktur ausgestattet sind.

Unsere wichtigsten Forderungen auf einen Blick:

- + Abbau von räumlichen Barrieren für die Präsenzlehre und Ausbau der digitalen sowie barrierefreien Lehrmaterialien
- + Mehr Vorlesungsaufzeichnungen und eine bessere technische Ausstattung in Hörsälen und Seminarräumen
- + Weiterhin eine Ermöglichung der Durchführung von Online-Klausuren
- + Abschaffung des Drittversuchs und Verhinderung von Anwesenheitspflichten
- + Ausweitung der Allgemeinen Studien und des Sprachzentrum-Angebots
- + Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf den Außenflächen und in den Gebäuden der Universität
- + Einheitliche Qualitätsstandards für alle Bibliotheken einführen
- + Bessere Organisation des Zwei-Fach-Bachelors mit und ohne Lehramtsbezug

campusgruen-muenster.de



campusgruen.ms



CampusGruenMuenster



Impressum:

CampusGrün Münster
Hochschulpolitische Liste
Windthorststraße 7,
48143 Münster